

Renten auf dem Prüfstand

Arbeitsgruppe legt Zwischenbericht zur Sicherung der AHV vor

VADUZ – Die Regierung hat Massnahmen zur Sicherung der AHV geprüft, Details bleiben vorerst unter Verschluss. Geprüft wurden aber verschiedene Massnahmen, wie die Senkung des Rentenvorbezugsalters oder die Reduktion des Weihnachtsgeldes.

• **Holger Franke**

Wie geht es weiter mit den Renten und welche Einschnitte werden Rentner und künftige Rentner möglicherweise in Zukunft hinnehmen müssen? Fragen, mit denen sich offenbar auch das Ressort Soziales beschäftigt. In einer gestern versendeten Mitteilung ist von einem Zwischenbericht die Rede, konkrete Ergebnisse wurden allerdings nicht genannt. Der Zwischenbericht basiert auf Grundlage einer bereits im November vorgestellten Experten-

studie des Instituts für Versicherungswirtschaft der Universität St. Gallen. «Die dort vorgeschlagenen Massnahmen wurden von der Arbeitsgruppe im Einzelnen geprüft und sollen abhängig vom festgestellten Handlungsbedarf im erforderlichen Ausmass in die Wege geleitet werden, um eine zukünftige Nachhaltigkeitslücke zu vermeiden», heisst es in der Meldung des Ressorts Soziales.

Wo soll gespart werden?

In der Studie sind verschiedene mögliche Massnahmen und deren Konsequenzen aufgeführt, von der Anhebung des Rentenalters, der Reduktion des Weihnachtsgeldes, der Reduktion der Mindestrente oder auch Einsparungen durch Anwendung technischer Vorbezugs-Kürzungssätze, um nur einige Beispiele zu nennen. Was nun genau

«in die Wege geleitet» werden soll, bleibt vorerst offen. Die verantwortliche Ressortinhaberin Renate Müssner (VU) war gestern für das «Volksblatt» nicht erreichbar. Stattdessen erklärte eine Mitarbeiterin der Regierung, dass der erwähnte Zwischenbericht nicht öffentlich ist und es «schwierig» sei, Einzelheiten bekannt zu geben. Sie betonte aber, dass kein Zeitdruck bestehe und nichts «in die Wege geleitet» worden sei, sondern lediglich Auswirkungen verschiedener Massnahmen geprüft worden seien, so wie es die Uni St. Gallen bereits gemacht hatte.

Staatsbeitrag wird diskutiert

Zur Beruhigung der Rentner konnte dann aber AHV-Direktor Walter Kaufmann beitragen: «Auf 1. Januar 2010 oder 2011 ist nicht damit zu rechnen – so schlecht ist

die finanzielle Situation der AHV noch nicht.» Es gebe aber andere Massnahmen, die geprüft werden: «Die Anhebung des Rentenalters oder die Streichung des Weihnachtsgeldes hat sicher nicht die erste Priorität», so Kaufmann auf Anfrage des «Volksblatts». Was nun aber Priorität hat, bleibt offen. Wie das Ressort Soziales in der Meldung schreibt, stelle der nun vorliegende Zwischenbericht ein vorläufiges Ergebnis dar und empfiehlt, zunächst die Vorfrage zu klären, wie der Staatsbeitrag künftig aussehen wird. Eines scheint aber klar zu sein: 20 Prozent der jährlichen AHV-Ausgaben übernimmt bislang der Staat. Allerdings steigen diese Beiträge stärker als die Staatseinnahmen. Sollte der Staatsbeitrag an den AHV-Fonds begrenzt werden, wird die AHV um Einsparungen an anderen Stellen kaum herum kommen.